

# Einführung in die Politikwissenschaft

---

## Video 11.2: Partizipationsforschung

Skript:

*Intro Jingle*

*Kopf auf Einleitungsfolie (Musik leiser):*

Hallo und herzlich Willkommen bei einem neuen Lernvideo zur Einführung in die Politikwissenschaft.

*Titelfolie*

Wir haben im letzten Lernvideo 11.1 die Wahlforschung diskutiert. Weil in den meisten westlichen Demokratien ab den 1970er und 1980er Jahren die Beteiligung bei Wahlen und in der Schweiz auch bei Abstimmungen zunehmend abnimmt, rückt die politische Partizipation in den Fokus der politischen Soziologie. Wir wollen uns die Partizipationsforschung in diesem Lernvideo ein wenig genauer anschauen und damit dieses Forschungsfeld abschliessen.

*Wo wir uns befinden*

Das nachfolgende Lernvideo 11.2 «Partizipationsforschung» ist Bestandteil des Forschungsfelds «Politische Soziologie». Auch hier geht es noch einmal um individuelles politisches Verhalten.

*Musik aus / Kopf weg*

*Inhalt / Striptease*

Angelehnt an die im Lernvideo 11.1 ausgeführte Wahlforschung werden wir hier zuerst diskutieren, wie die politische Soziologie mit dem neuen Phänomen des [KLICK] Rückgangs der Wahlbeteiligung umging. Insbesondere in der deutschsprachigen Politikwissenschaft wurde lange gestritten, ob diese ein Zeichen von [KLICK] Krise oder Normalisierung sei. Angelehnt an diese Diskussion stellen sich dann zwei Fragen – die eine ist eher demokratietheoretisch und geht der [KLICK] Frage nach, ob und inwiefern geringe Partizipation ein Problem darstellt. Die andere Frage [KLICK] ist eher konzeptionell und empirisch. Wenn wir unsere Arbeitsdefinition von Politik ernst nehmen, dann ist politische Partizipation eben nicht nur Wahlpartizipation. Wir wollen aber [KLICK] mit dieser beginnen, weil sie eben im Zentrum der Weiterentwicklung der Wahlforschung Ende der 1970er Jahre stand.



Im Gegensatz dazu ist Nichtbeteiligung für die Krisenthese ein Zeichen von Unzufriedenheit und zunehmendem politischem Desinteresse. Die so benannte «Partei der Nichtwähler:innen» bestehe aus Unzufriedenen, Apathischen und politisch Desinteressierten. Dies sei aber aus zwei Gründen ein [KLICK] Zeichen für eine Krise der Demokratie. Erstens lebe die repräsentative Demokratie von aktiven, sich beteiligenden Bürgerinnen und Bürgern. Zweitens führe Unzufriedenheit mit der Zeit eben nicht nur zu Apathie und Abstinenz, sondern könne auch zu einer Abkehr von Demokratie, zu Protestverhalten oder gar zu politischer Gewalt führen.

### Denk Mal! (immer gleiches Symbol und entspannte Musik)

Wer hat recht – die Krisen- oder die Normalisierungsthese?

### Krise oder Normalisierung? (2)

Wer hat recht – die Krisen- oder die Normalisierungsthese? Diese Frage lässt sich natürlich nicht so einfach beantworten. Wir können uns die Sache aber empirisch anschauen. Mathias Fatke und Markus Freitag haben im Nachgang der eidgenössischen Wahlen von 2019 jene Befragten angeschaut, die angaben, nicht an den Wahlen teilgenommen zu haben. Sie fanden sechs unterschiedliche Typen von Nichtwählenden. Die [KLICK] grösste Gruppe nahm nicht teil, weil sie zufrieden sind. Dies entspricht also eher der Normalisierungsthese. Allerdings gibt es auch eine Gruppe von Unzufriedenen, die hier als [KLICK] politisch verdrossen bezeichnet werden. Diese 16 Prozent entsprechen eher der Krisenthese. Interessant sind die anderen vier Typen. Die als [KLICK] «inkompetent» bzw. «sozial isoliert» bezeichneten Typen nehmen nicht teil, weil sie zu wenig über die Wahlen wissen oder in ihrem Umfeld niemanden haben, der sie für die Beteiligung mobilisieren würde. Die niedrige Wahlbeteiligung wird in der Schweiz oft damit erklärt, dass es dank der direkten Demokratie eben gar nicht nötig sei, zu wählen, weil man mittels Referenden und Initiativen seine Präferenzen alternativ und direkter einbringen könne. In der Tat scheint es [KLICK] zwei Typen zu geben, die nicht an Wahlen teilnehmen, weil sie entweder alternativ partizipieren (wir kommen gleich darauf zurück) oder eben vor allem abstimmen. Wir können also sagen, dass sowohl die Krisen- wie die Normalisierungsthese helfen, das Phänomen Nichtpartizipation bei Wahlen zu erklären, dass es wohl aber noch weitere Erklärungsfaktoren gibt als lediglich Zufriedenheit oder Unzufriedenheit.

### Inhalt

Wir haben gesehen, dass die Krisenthese die abnehmende Partizipation als Problem betrachtet, dass sie mit der Normalisierungsthese aber auch als unproblematisches Phänomen betrachtet werden kann. Gibt es noch weitere Probleme geringer Partizipation?

### Probleme geringer Partizipation (1)

Diese Frage passt eigentlich zuerst eher in die politische Theorie. Wir haben im Lernvideo 5.2 die so genannten [KLICK] partizipatorischen Demokratietheorien gestreift, die fordern,

dass möglichst alle Bürgerinnen und Bürger an Politik teilnehmen, weil Demokratie davon [KLICK] lebt, dass möglichst viele – idealerweise möglichst alle existierenden – Argumente eingebracht werden. Die partizipatorische Demokratietheorie geht sogar davon aus, das Bürgerinnen und Bürger durch Partizipation in einer Art [KLICK] «Selbsttransformation» mehr Gespür für die Allgemeinheit und gemeinsam zu findende Lösungen erhalten.

Auf der anderen Seite gibt es [KLICK] elitistische Demokratietheorien, die davon ausgehen, dass die [KLICK] Bürgerinnen und Bürger zu wenig Zeit haben oder auch die Kompetenzen nicht haben, um komplexe politische Probleme zu erfassen. Mit dieser Position kann dann von einer eigentlichen [KLICK] Selbstzensur gesprochen werden. Es ist aus dieser Perspektive sogar gut, dass etwa die oben gefundenen Inkompetenten nicht an Wahlen teilnehmen. Als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können wir beide Positionen einnehmen und sie auch als Basis für weitere empirische Überlegungen nehmen.

### Probleme geringer Partizipation (2)

Empirisch lässt sich etwa zeigen, dass geringe Partizipation mit ungleicher Beteiligung einhergeht. Diese Abbildung zeigt die Beteiligung bei den eidgenössischen Wahlen von 2007. Je höher die Beteiligung in einem Kanton war, desto gleichmässiger war die Partizipation, d.h. desto geringer waren die Unterschiede in der Beteiligung hinsichtlich Geschlecht, Alter, Bildung und Einkommen. Wo die Partizipation gering war, beteiligten sich hingegen mehr Männer als Frauen, mehr ältere Personen als junge, mehr Gebildete als Ungebildete und mehr Reiche als Arme. Die Gesellschaft wird mit ungleicher und niedriger Partizipation also ungleich repräsentiert, was im Prinzip die soziale Ungleichheit weiter zementieren kann.

Welche Massnahmen gäbe es, um Partizipation zu erhöhen? Eine Möglichkeit, die sich aus dieser Abbildung aufdrängt, ist die [KLICK] Stimmpflicht, die in Schaffhausen gilt. Wer unentschuldigt nicht an Wahlen oder Abstimmungen teilnimmt, muss dort 6 Franken bezahlen. Es zeigt sich, dass dieser geringe Druck ausreicht, damit mehr Menschen an Wahlen teilnehmen und die Partizipation gleichmässiger wahrgenommen wird. Allerdings zeigen Studien aus Belgien, wo eine nationale Wahlpflicht mit wesentlich höheren Bussen gilt, dass nicht Interessierte Bürgerinnen und Bürger Parteien wählen, die eigentlich eher nicht ihren Präferenzen entsprechen. Die Qualität der Partizipation nimmt mit anderen Worten mit zunehmender Höhe der Beteiligung nicht unbedingt zu. Was deshalb – auch im Zusammenhang mit den vorher diskutierten so benannten «inkompetenten» Nichtwählerinnen und -wähler – diskutiert wird, ist eine bessere politische Bildung, um Partizipation zu erhöhen.

### Inhalt

Wir haben oben die alternativ Partizipierenden und die Abstimmenden als Typen von Nichtwählenden diskutiert. Dabei stellt sich auch die Frage, was politische Partizipation an und für sich ist. Es könnte ja durchaus auch sein, dass Wahlpartizipation deshalb gering ist, weil die Menschen mit ganz anderen politischen Beteiligungsmitteln versuchen, Einfluss auf die Politik zu nehmen. In der Tat öffnet sich der Katalog, was den unter [KLICK] politischer Partizipation verstanden werden kann, in der politischen Soziologie immer mehr.

